



Gastbeitrag für „Steingarts Morning Briefing“

Von Rainer Kirchdörfer, Vorstand der Stiftung Familienunternehmen

Konjunkturpaket

Mit Gießkannenpolitik entsteht kein dauerhaftes Wachstum

„Über den Geldbeutel erreichst du die Leute“, lautet ein Sprichwort. Die moderne Politik hat diesen Leitsatz zur Regierungsform erklärt. Der Beifall ist der Bundesregierung sicher, wenn das Bundeskabinett heute das Konjunkturpaket auf den Weg bringt. Oberste Maxime beim Füllen des Geschenkcorbs: Jeder bekommt etwas. Eines der teuersten Präsente ist die Mehrwertsteuersenkung. Insgesamt lässt die große Koalition 57 Wünsche in Erfüllung gehen. Auch für Entwicklungshilfe sind im Konjunkturpaket zusätzlich drei Milliarden Euro vorgesehen. Da geraten Verbesserungen im Unternehmenssteuerrecht zur Randnotiz. Dass der Staat in der schwersten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit in die Vollen gehen muss, ist unstrittig. Angesichts der bisher einmaligen Dimension des Konjunkturpakets sollte aber mehr herauskommen als das Prinzip Hoffnung. Die schwarzrote Geldkanone muss neu eingestellt werden.

Die Regierung will ein Konsumfeuerwerk zünden. Die Kurzzeitsenkung des Mehrwertsteuersatzes soll Verbraucher dazu bewegen, Anschaffungen vorzuziehen. Ob das Kalkül aufgeht, ist zweifelhaft: Die Mehrwertsteuersenkung kommt nicht nur die öffentlichen Kassen mit 20 Milliarden Euro teuer zu stehen, sondern auch die Unternehmen, die die Steueränderung umsetzen müssen. Weil auch jeder kleine Einkauf vorübergehend steuerlich begünstigt wird, ist der Aufwand enorm. Steueränderungen, die nur wenige Monate wirken, verpuffen erfahrungsgemäß leicht. Das gilt erst recht in Zeiten wachsender Verunsicherung. Woran es zurzeit mangelt, ist Zuversicht. Schon deshalb besteht die Gefahr, dass die Mehrwertsteuersenkung vor allem die Sparquote erhöht. Mit Kurzfristdenken erreichen wir keinen Stimmungsumschwung. Ein Konjunkturpaket dieser Größe sollte Deutschland langfristig stärker und wettbewerbsfähiger machen. Beispiel EEG: Der Preisanstieg für erneuerbare Energien wird mit staatlichen Mitteln gebremst, was sinnvoll ist. Doch die Kostendynamik schlägt nach zwei Jahren wieder voll durch. Wir müssten das Problem an der Wurzel anpacken.

Was im Konjunkturpaket fehlt, ist ein Versprechen über den Tag hinaus. Der Einsatz von 130 Milliarden Euro bietet die Chance, Strukturen zu verbessern. Das wäre eine nachhaltige Finanzpolitik, wie sie sich Familienunternehmen vorstellen. Nur wenn Verbraucher und



Unternehmen Vertrauen fassen, werden Konsum und Investitionen wieder anziehen. Um auch die Stimmung zu verbessern, wäre es zum Beispiel sinnvoll, den Solidaritätszuschlag zum schnellstmöglichen Zeitpunkt ganz abzuschaffen. Auch der Einstieg in eine größere Unternehmenssteuerreform ist überfällig. Der internationale Steuerwettbewerb macht auch in Corona-Zeiten keine Pause. Gerade konkrete, langfristig wirkende Verbesserungen finden sich zu wenig. Dabei kommt es für Investitionsentscheidungen auf die langen Linien an. Mit Gießkannenpolitik ist es nicht getan.

Der Mangel an Perspektive wiegt umso schwerer, wenn man die Nebenwirkungen des Konjunkturpakets betrachtet. Die Debatte dazu beginnt erst. Die Koalition wischt Bedenken zur Finanzierbarkeit mit dem Hinweis hinweg, Deutschland könne sich das schon leisten. Dafür spricht einiges. Doch klar ist auch, dass das 130-Milliarden-Euro-Paket den finanziellen Spielraum für Reformen in den kommenden Jahren stark einengen wird. Ob für Bildung, Steuerreformen oder Investitionsprogramme – in den nächsten Jahren herrscht das Diktat leerer Staatskassen. Deutschland zahlt für Einmaleffekte einen hohen Preis. Hier sollte die Koalition nachlegen.

Weitere Informationen:

Roland Pichler
Senior Referent Kommunikation
Stiftung Familienunternehmen
Tel.: +49 (0) 030 / 22 60 529 15
Mobil: +49 (0) 151 / 644 116 37
pichler@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

 **Stiftungs-Briefing**

 **@StiftungFamUnt**

 **Erklär-Videos**